

Handlungsempfehlungen zu „Creative City“ – Kulturausschuß vom 23. 4. 2026 (II)

(Von E. Noldus.)

Bei „Creative City“ geht es um die Innenstadt-Förderung und um Kultur besonders für Migranten oder umgekehrt? Ja und Nein!

Aus dem Bericht zu den Handlungsempfehlungen zu „Creative City“

In der letzten Sitzung des Kulturausschusses stellte der Kulturdezernent das aus Bundesmitteln geförderte Projekt „Creative City“ als eines der spannendsten und innovativsten vor, die er in seiner Zeit als Dezernent habe begleiten dürfen. Der Vortrag sollte den Ausschußmitgliedern die Lektüre des Abschlußberichtes für den Fördermittelgeber ersparen; der Bericht war den Mitgliedern vor der Sitzung zugestellt worden. Den Vortrag selbst hielt Dr. Boris Dresen vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT. Grundlage:

Krause, Simone / Dresen, Bernd: Ergebnisbericht CREATIVE CITY: Identifikationsort und Innovationstreiber für eine zukunftsfähige Innenstadt, im Auftrag der Stadt Oberhausen erstellt vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT, Oberhausen [28. 2.] 2026

Der Ergebnisbericht stellte die 16 Teilprojekte auf jeweils zwei bis drei Seiten dar. Daraus wurden 13 Handlungsempfehlungen entwickelt, welche auf insgesamt drei „Säulen“ aufgeteilt wurden. Der Vortrag selbst konzentrierte sich auf drei Handlungsempfehlungen.

Die Empfehlung „Phase 0“

Die erste dieser Säulen umfaßt den öffentlichen Raum als zentrale Linie für kulturelle Teilhabe, soziale Interaktion und städtische Lernprozesse. Dieser Säule ist u.a. „Phase 0“ zugeordnet.

Darunter versteht man einen Zeitraum vor dem eigentlichen Planungsbeginn, in dem man alle Möglichkeiten, die in der Entwicklung eines Raumes bzw. einer Fläche enthalten seien, formulieren müsse. Ziel ist es, ein kommunales Planungsproblem abzuschwächen.

Der normale Ablauf bestehe darin, daß man zu einem vorgefundenen Raum einen Vorschlag zur Nutzung, Weiterentwicklung usw. mache. Daraus entwickelt man ein Konzept. Dieses wird in den Ausschüssen begutachtet und im Rat als Umsetzung 1:1 mit allen Teilprojekten beschlossen. Das Problem sei, daß alle zeitlich nachgelagerten Teilkomponenten gegen die bereits beschlossenen Komponenten „ankämpfen“ müßten.

Mit dem Start des Projektes durchlaufe man nacheinander die Leistungsphasen 1 bis 9. Dabei werde es zunehmend schwieriger und teurer, etwas wieder zurückzunehmen. Häufig sei das wegen der vorgegebenen Fördersystematik auch deshalb nicht möglich. Ist ein Projektabschnitt erst einmal beantragt, könne man diesen kaum noch zurücknehmen. Aus diesem Grunde sei die „Phase 0“ äußerst wichtig.

Wir verweisen die Ausschußmitglieder auf Seite 53 des Ergebnisberichtes.

Leerstände und Leerstandnutzung

Danach sprach der Referent über die „zweite Säule“, den Gebäudebestand bzw. Leerstände als strategische Ressourcen und kam in diesem Zusammenhang auf eine „irritierende Erfahrung“ zu sprechen:

Das Instrument eines funktionierenden, digitalen Leerstand- und Ansiedlungsmanagement stecke deutschlandweit eigentlich in den Kinderschuhen. Das eigens entwickelte Lean*-Tool biete eine Grundlage für Leerstand-Management mit modernen Methoden (vgl. Ergebnis-Bericht S. 10-11).

Ferner gebe es in Oberhausen überraschenderweise keine Stellen für ein Leerstand- oder Ansiedlungsmanagement leisten; es gebe nur einzelne Mitarbeiter in verschiedenen Positionen, die mit Teilaspekten befaßt seien (z. B. innerhalb der OWT mit der Vermittlung von Gewerbeflächen). Eine systematische Erfassung aller Leerstände mit ihren jeweiligen Attributen fehle mangels Personal vollständig. Wenn aber Personal und Daten fehlten, dann sei es unmöglich, Leerstände wieder zu befüllen.

Man müsse einen personell nicht zu klein ausgestatteten Bereich, entweder innerhalb der Stadt oder als Auftrag zu etablieren, um strukturell Leerstände zu thematisieren. Ferner gehöre, weil der Zustand von Leerständen ein Haupthindernis für eine erneute Nutzung sei, ein Sanierungsmanagement dazu.

Hinweis: Im Ergebnisbericht S. 57 heißt es dazu, man empfehle „daher der Aufbau einer eigenständigen Organisationseinheit mit zunächst mindestens zwei Vollzeitstellen, perspektivisch erweiterbar auf vier bis fünf Stellen. Die organisatorische Verortung kann entweder innerhalb der Stadtverwaltung (z. B. als Stabsstelle oder im Dezernat 0) oder extern erfolgen, sollte jedoch in jedem Fall mit einem klaren kommunalen Mandat, definierten Schnittstellen und politischer Rückendeckung ausgestattet sein.“

Netzwerke mit Öffentlichkeit

Diese „dritte Säule“ erscheint als etwas diffus. Der Referent verstand darunter „vielfältige Netzwerke in der Innenstadt“, die man mit „mehr Inhalten“ zu füllen versucht habe. Er sprach von allgemein von KiTeV, Refugee Kitchen und den Leerstand Freie Uni Oberhausen. Daran knüpfte er ins Einzelne gehende ergänzende Erläuterungen.

Zu den Einzelheiten siehe auch Ergebnisbericht S. 62ff.

Ausblick

Von zentraler Wichtigkeit wäre es, die Marke „Creative City“ nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen; und zwar auch in der Neuen Mitte, um eine nach außen sichtbare Bündelung von kulturellen Aktivitäten zu erzeugen.

Mittelfristig setze das Fraunhofer Institut auf die Umsetzung wenigstens der drängendsten Handlungsempfehlungen, die „mit politischen Anträgen zu unterfüttern“ seien. Ziel: Creative City als Referenz-Modell einer gemeinwohlorientierten, kreativen Stadtentwicklung.

Das Fraunhofer Institut werde künftig mit dem Nachfolgeprojekt, einem innerstädtischen „Ressour-

zentrum für weitere drei Jahre aktiv sein. Hier greife man wieder auf das Netzwerk der Kreativen zurück, um Materialien und Geräte aus dem Stadtquartier zu sammeln, aufzubereiten, zu lagern, um sie dann zur Verfügung zu stellen. Interessierte Institutionen sollen über eine Web-Plattform in ihren Bedürfnissen und Beteiligungen koordiniert werden.

Zur Debatte

Frau Wilts (SPD) fragte nach der Methode, wie man die Handlungsempfehlungen in die Politik hineinbringen könne. Kulturdezernent Tsalastras erklärte, daß zumindest alle die Innenstadt betreffenden Projekte mit dem „Brückenschlag“ sehr gut vernetzt seien. Im „politischen Raum“ könne man anderen Ausschüssen (Stadtplanung) den Abschlußbericht bekannt machen oder daraus eine Vorlage der Verwaltung erstellen. Einzelaspekte im Schnittbereich gesellschafts- und kulturpolitischer Fragen einerseits und Stadtentwicklung andererseits ließen sich auch noch in anderen Ausschüssen unterbringen.

Frau Wolter (CDU) wünschte eine Einbeziehung der beiden anderen Stadtteile; dem schloß sich Frau Opitz (GRÜNE) an.

Die Antwort des Kulturdezernenten war sehr aufschlußreich: Frau Wolter erweise ihm einen großen Gefallen, denn wenn der Wunsch „aus der Politik“ komme, sei die Übertragung des Projektes in andere Stadtteile innerhalb der Verwaltung leichter durchzusetzen, als wenn das nur verwaltungsintern besprochen werde. Er werde das im Verwaltungsvorstand vortragen und dann mache er sich Gedanken, wie die Einbeziehung der beiden anderen Stadtteile Sterkrade und Osterfeld am besten bewerkstelligt werden könne. Er werde diese Unterstützung sehr gerne wahrnehmen.

Von der AfD wird er mit Sicherheit nicht unterstützt werden.